



Zittau, 22. März 2021

Pressemitteilung

CDU-Landtagsabgeordneter Dr. Stephan Meyer: Kritik an gegenwärtigen Entscheidungen in der Corona-Pandemie

Am Wochenende war bereits in den Sozialen Medien des CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Stephan Meyer, eine deutliche Kritik an den gegenwärtigen Entscheidungen in der Corona-Pandemie zu lesen.

„Ich bin Mitglied der CDU und als Abgeordneter ein Teil der regierungstragenden Mehrheit und somit indirekt auch für die gegenwärtigen Regelungen im Umgang mit der Corona-Pandemie verantwortlich. Ich möchte und muss an dieser Stelle jedoch deutlich machen, dass ich sehr wohl konstruktiv-kritisch differenzierte Positionen anstelle eines allgemeinen Lockdowns vertrete“, schreibt er.

„Die staatlichen Maßnahmen sollen uns alle vor einer Erkrankung an einer Corona-Infektion schützen und auch die symptomfreie Weitergabe des Virus verhindern. Dieses Ziel teile ich uneingeschränkt und wir müssen alles daran setzen unsere Krankenhauskapazitäten nicht zu überlasten, zumal die Virus-Mutationen ansteckender sind und auch jüngere Menschen stärker betreffen“, so Meyer weiter.

Das Virus ist flexibel, es mutiert und passt sich an. Nach Meinung des Landtagsabgeordneten müssen folglich auch staatliche Maßnahmen flexibel an die sich ändernden Rahmenbedingungen angepasst werden. Nur so behalten diese die Akzeptanz in der Bevölkerung und werden auch im Eigeninteresse umgesetzt. Maßnahmen, die nicht mehr von der Bevölkerung verstanden werden verlieren ihre Wirksamkeit. „Aus meiner Sicht sind wir an diesem Punkt und müssen politisch zeitnah handeln“, macht er deutlich.

Meyer schreibt weiter: „Wir sind mittlerweile in der Lage, die Sicherheit durch regelmäßiges Testen zu erhöhen. Dies ist der Weg, um Öffnungen zu ermöglichen, solange die Impfungen nicht umfassend erfolgen. Wir müssen die Testkapazitäten auf Gemeindeebene niederschwellig ausweiten und auch mobile Angebote in der Fläche bereithalten.“

Die Einschränkung der Öffnungen auf bestimmte Branchen ist für ihn nur teilweise begründet (z.B. Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs), schafft aber Ungerechtigkeiten und ist infektionsbezogen durchaus fraglich. Mit negativem Testergebnis, digitaler Nachverfolgung und Hygienemaßnahmen muss das gesellschaftliche Leben wieder stattfinden dürfen.

Wenn von rund 163.000 Tests bei Schülern und Lehrern nur rund 0,12 % positiv ausfielen, dann darf es keine flächendeckenden Schließungen von Kitas und Schulen in den betreffenden Landkreisen geben, sondern spezifische Betrachtungen und Entscheidungen.

Hierzu braucht es auch kurzfristige Anpassungen der Verordnungen, wenn man erkennt, dass keine direkte Kopplung an die Inzidenzzahlen nachgewiesen werden kann.

„Die kommunale Ebene ist am nächsten am Infektionsgeschehen dran. Wir tun gut daran, deren Erkenntnisse stärker in die staatlichen Regelungen einfließen zu lassen. Wenn mir die Fachleute im Landkreis sagen, dass auch höhere Inzidenzen durch die Kontaktnachverfolgung und die Kliniken zu bewältigen sind, dann muss dies berücksichtigt werden“, macht der Landtagsabgeordnete deutlich.

„Außerdem müssen wir in der Kommunikation besser werden. Regelungen und Verordnungssprache müssen klarer formuliert werden und dennoch rechtssicher sein. Nur so können sie sicher verstanden und angewendet werden, ohne Juristen als Übersetzer zu bemühen“, ergänzt er. Seiner Meinung nach müssen Politiker in Bund und Ländern ihre Entscheidungen permanent hinterfragen und auch korrigieren.

Dr. Stephan Meyer wandte sich erneut an Sachsens Sozialministerin Petra Köpping, um seiner Forderung nach einer Ausweitung der Modellpraxen für das Impfen im Landkreis Görlitz von letzter Woche Nachdruck zu verleihen: „Es ist aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar, dass es bislang nur eine Praxis im gesamten Landkreis gibt. Die Bevölkerung im Landkreis Görlitz ist sachsenweit am ältesten und mit Blick auf die Hochinzidenzgebiete Polen und Tschechien besonders gefordert. Diesem Umstand muss durch eine weitere dezentrale Verstärkung der Impfungen Rechnung getragen werden.

Gleichzeitig möchte ich unterstreichen, dass auch im Landkreis Görlitz Modellversuche zur Öffnung von Bereichen in Verbindung mit verstärktem Testgeschehen, erfolgen müssen. Ich gewinne zunehmend den Eindruck, dass derartige Projekte andernorts realisiert werden, ohne objektive Kriterien anzulegen, beziehungsweise eine Gleichbehandlung vorzunehmen.“

Mit der Bitte um Veröffentlichung. Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gern unter den angegebenen Kontaktdaten zur Verfügung.